Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/829
20.11.2019

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

64. Sitzung (öffentlich)

20. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:40 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5978

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7921

Ausschussprotokoll 17/707 (Anhörung vom 04.09.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag einstimmig an.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, den Gesetz–entwurf in der soeben beschlossenen Fassung anzunehmen.

2 Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6611 (Neudruck)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7924

Ausschussprotokoll 17/744 (Anhörung vom 26.09.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Änderungsantrag und dem Gesetzentwurf abzuschließen.

3 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726 (Neudruck)

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7922

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7923

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6838

Ausschussprotokoll 17/753 (Anhörung vom 30.09.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit den Änderungsanträgen und dem Gesetzentwurf abzuschließen.

4 Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6682

Ausschussprotokoll 17/780 (Anhörung vom 30.10.2019)

– Auswertung der Anhörung

– Wortbeiträge

5 Stalking als neuen Straftatbestand ernst nehmen – Opferschutz durch Implementierung adäquater Hilfsangebote. 12

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7748

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Dr. Martin Vincentzs (AfD), die Beratung zu dem Antrag in der Sitzung am 15.01.2020 fortzusetzen.

6 Personalnot belastet Rettungsdienst *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **13**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2586
Vorlage 17/2741

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

7 Stand der Entwicklung eines Nationalen Diabetesplans und zur Situation in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **14**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2711

– Wortbeiträge

8 Finanzierung der Akademisierung der Hebammenausbildung nach der EURichtlinie 2013/55/EU *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])* **15**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2712

– Wortbeiträge

9 Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Sanktionen bei Bezug von Arbeitslosengeld II teilweise verfassungswidrig *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])* **18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2713

– Wortbeiträge

10 Werkstattjahr – Bericht zur Integration von Jugendlichen mit multiplen Problemlagen in Ausbildung und Arbeit *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **19**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2767 (nachträglich erschienen)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

11 Verschiedenes **21**

* * *

2 Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6611 (Neudruck)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7924

Ausschussprotokoll 17/744 (Anhörung vom 26.09.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuss – federführend –, an den Innenausschuss, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 26.06.2019)

Peter Preuß (CDU) schlägt vor, kein Votum abzugeben. Die im Änderungsantrag vorgesehenen Anpassungen beträfen den Ausschuss nicht.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) merkt an, dass seine Fraktion, sollte der dem Ausschuss erst kurz vor Sitzungsbeginn zugeleitete Änderungsantrag die von den kommunalen Spitzenverbänden in der Anhörung vorgetragene Kritik an der im Gesetzentwurf vorgesehenen Übertragung der geldwäscherechtlichen Aufsicht nach dem Geldwäschegesetz nicht aufgreifen, im Rahmen der weiteren Beratung nicht werde zustimmen können.

MR‘in Ramona Illhardt (MI) erklärt, der Änderungsantrag sehe unter Nummer 4 eine Streichung dieser im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelung vor.

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Änderungsantrag und dem Gesetzentwurf abzuschließen.